

Frederick Taylor  
**INFLATION**



Frederick Taylor

# INFLATION

**Der Untergang des Geldes in der Weimarer Republik  
und die Geburt eines deutschen Traumas**

Aus dem Englischen  
von Klaus-Dieter Schmidt

Siedler

Die englische Originalausgabe erschien 2013 unter dem Titel  
*The Downfall of Money. Germany's Hyperinflation and the Destruction of the  
Middle Class – A Cautionary History* bei Bloomsbury Publishing, London.



Verlagsgruppe Random House FSC® N001967  
Das für dieses Buch verwendete FSC®-zertifizierte Papier EOS  
liefert Salzer Papier, St. Pölten, Austria.

Erste Auflage  
September 2013

Copyright © 2013 by Frederick Taylor  
Copyright © der deutschsprachigen Ausgabe 2013 by Siedler Verlag, München,  
in der Verlagsgruppe Random House GmbH

Umschlaggestaltung: Rothfos + Gabler, Hamburg  
Lektorat: Andrea Böltken, Berlin  
Satz: Ditta Ahmadi, Berlin  
Reproduktionen: Aigner, Berlin  
Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck  
Printed in Germany 2013  
ISBN 978-3-8275-0011-3

[www.siedler-verlag.de](http://www.siedler-verlag.de)

*Für Alice*

»Am Anfang missverstanden die Massen es lediglich als skandalösen Preisanstieg; erst später wurde der Vorgang unter der Bezeichnung Inflation zutreffend als der Untergang des Geldes begriffen.«

KONRAD HEIDEN,  
*Der Fuehrer* (1944)

»Durch fortgesetzte Inflation können Regierungen sich insgeheim und unbeachtet einen wesentlichen Teil des Vermögens ihrer Untertanen aneignen. Auf diese Weise konfiszieren sie nicht nur, sondern sie tun es auch willkürlich, und während viele arm werden, werden einige in der Tat reich. Der Anblick dieser willkürlichen Verschiebung des Reichtums vernichtet nicht nur die Sicherheit, sondern auch das Vertrauen auf die Gerechtigkeit der bestehenden Verteilung des Reichtums.«

JOHN MAYNARD KEYNES,  
*Die wirtschaftlichen Folgen  
des Friedensvertrages* (1920)

»Eine Inflation ist ein Masse-Vorgang ... Man kann die Inflation als einen Hexensabbat der Entwertung bezeichnen, in dem Menschen und Geldeinheit auf das sonderbarste ineinanderfließen. Eines steht fürs andere, der Mensch fühlt sich so schlecht wie das Geld, das immer schlechter wird; und alle zusammen sind diesem schlechten Gelde ausgeliefert und fühlen sich auch zusammen ebenso wertlos.«

ELIAS CANETTI,  
*Masse und Macht* (1960)

»Glauben Sie, die Not wird größer und größer werden. Es ist so charakteristisch, dass nicht die Spekulation, sondern gerade die gesamten ehrlichen Existenzen vernichtet werden. Der Gauner mogelt sich durch. Er steigt empor. Aber restlos zermalmt wird der anständige, solide, nicht spekulierende Geschäftsmann, der kleine unten zuerst, aber schließlich auch der ganz große oben. Bleiben jedoch wird bloß der Gauner und Schwindler unten und oben. Die Ursache liegt darin, dass der Staat selbst zum größten Betrüger und Dieb geworden ist ... Ein Raubstaat!«

ADOLF HITLER

(1923)

»Der beste Weg zur Vernichtung des kapitalistischen Systems ist die Vernichtung der Währung.«

WLADIMIR ILJITSCH LENIN

zugeschrieben





# Inhalt

Einführung	11
1 Auf der Suche nach dem Geld für das Ende der Welt	17
2 Der Verlierer zahlt alles	28
3 Vom Sieg zur Katastrophe	41
4 »Ich hasse sie wie die Sünde«	55
5 »Die Gehälter werden weiterbezahlt«	72
6 Vierzehn Punkte	80
7 Bluthunde	88
8 Der »Diktatfrieden«	99
9 Sozialer Friede um jeden Preis?	116
10 Konsequenzen	133
11 Der Putsch	144
12 Die Erholung	153
13 Goldlöffchen und die Mark	163
14 Der Aufschwung	175
15 Keine Helden mehr	187
16 Furcht	207
17 Verlierer	211

<b>18</b>	Nachtreten	232
<b>19</b>	Der Führer	248
<b>20</b>	»Das ist zu teuer«	254
<b>21</b>	Hungernde Milliardäre	270
<b>22</b>	Verzweifelte Maßnahmen	288
<b>23</b>	Alle wollen einen Diktator	302
<b>24</b>	Das Fieber wird gesenkt	318
<b>25</b>	Die Rettungsaktion	338
	Nachwort:	
	Warum ein deutsches Trauma?	345
	 Zeittafel	 363
	Abkürzungen	370
	Anmerkungen	371
	Literatur	388
	Personenregister	396
	Bildnachweis	400

## Einführung

Die Ursprünge, der Verlauf und die Konsequenzen der deutschen Hyperinflation sowie die erzählerische Einordnung dieses außergewöhnlichen Phänomens in den ebenso turbulenten wie verhängnisvollen menschlichen Kontext der Welt, in der es entstand – darum wird es im Folgenden gehen. Dieses Buch handelt nicht von Ökonomie im engeren Sinn. Die Schwächen der deutschen Währung zwischen 1914 und 1924 wurzelten in den Schwächen des Landes selbst und verschärften sie. Die Darstellung enthält zwar Elemente einer ökonomischen Erklärung, ohne die sie keine reale Grundlage hätte. Zugleich aber handelt sie von Krieg, Politik, Gier, Wut, Furcht, Trotz, Verlangen und dem Schlüsselement Hoffnung (so knapp es damals auch war) sowie davon, wie all diese Faktoren sich auf das Leben gewöhnlicher Menschen auswirkten. Das historische Geschehen erzeugte die Ökonomie, die Ökonomie brachte mehr Geschichtsträchtiges hervor, und so ging es hin und her, so Schwindel und Furcht erregend, dass dieses Karussell aus Ereignissen und Gefühlen die deutsche Selbstwahrnehmung noch prägte, als es längst zum Stillstand gekommen war. Das dürfte bis heute gelten.

Vor neun Jahrzehnten erlitt das bevölkerungsreichste, technisch fortgeschrittenste und fleißigste Land Kontinentaleuropas einen furchtbaren Rückschlag. Es hatte einen Krieg geführt und verloren, in dem es zwei Millionen junge Männer sowie riesige Gebiete und enorme Finanzmittel eingebüßt hatte. Auf Vergeltung sinnende Feinde hatten ihre Absicht bekundet, Deutschland zahlen zu lassen, und zwar nicht nur für die eigenen Kriegskosten, sondern auch für die seiner Gegner. Unterdessen waren die Erbdynastien, mächtige Symbole für Stabilität und Kontinuität, die seit tausend Jahren in Deutschland regiert hatten, von aufständischen Untertanen, die ihnen, den archetypischen Kriegsherren, verübelten, dass sie Deutschland nicht zum Sieg geführt hatten, binnen weniger Tage, ja bemerkenswert leicht, gestürzt worden.

An die Stelle der vertrauten, einst unantastbaren Repräsentanten des monarchistischen Staates waren im November 1918 parlamentarische Poli-

tiker getreten. Ungeachtet ihrer Tugenden strahlten sie weder den Glanz noch die Autorität der Aristokratie aus, so unecht beides auch gewesen sein mochte. Viele dieser Männer stammten aus kleinen Verhältnissen und übten zum ersten Mal echte Macht aus. Ihnen allen aber war bewusst, dass die Zukunft des neuen Nachkriegsdeutschlands davon abhing, dass sie Chaos in Ordnung verwandelten, Elend in Wohlstand und Demütigung in Respekt. Außerdem waren sie entschlossen, den einfachen Menschen, die in vier bitteren Kriegsjahren so viel gelitten hatten, die Aussicht auf eine bessere, sicherere Zukunft zu ermöglichen – trotz der militärischen Niederlage und der harten Forderungen der Siegernationen. Würden diese – zumeist recht durchschnittlichen – Männer jener Aufgabe gewachsen sein, die angesichts der Probleme des Landes, der Forderungen der Siegermächte und der (buchstäblich) mörderischen Zerrissenheit der deutschen Gesellschaft mit »schwierig« nur unzureichend beschrieben ist?

Der Staat, den die Politiker nach der Revolution allmählich aus der Taufe hoben, wurde als »Weimarer Republik« bekannt. Denn die verfassungsgebende Versammlung, die Anfang 1919 zusammentrat, hatte ihren Sitz aus Berlin in diese schöne, mitteldeutsche Kleinstadt (die am Ende des Ersten Weltkrieges rund 35 000 Einwohner zählte) verlegen müssen, weil man die Sicherheit der Abgeordneten in der Reichshauptstadt wegen der dort herrschenden Gewalt und politischen Instabilität noch nicht garantieren konnte. Die Delegierten blieben in Weimar, bis sich die Lage in Berlin beruhigt hatte.

Berühmt geworden war Weimar rund 120 Jahre zuvor als Wohnort Johann Wolfgang von Goethes, der sich in seiner langen Lebensspanne (1749 bis 1832) auch als Staatsmann und Naturwissenschaftler hervorgetan hatte – trotz der Umstände womöglich kein schlechter Ort, um hier Deutschlands Neuanfang in Gang zu setzen. Die Außenwelt sollte mit dem Namen fortan jedoch nicht mehr die großen Errungenschaften der deutschen Aufklärung in Verbindung bringen, sondern die Kämpfe um die erste deutsche Demokratie und letztlich deren Scheitern. Dahinter lauerten, wie man heute weiß, der Aufstieg Hitlers und der schrecklichste Krieg der Menschheitsgeschichte.

In mancher Hinsicht war das fünfzehnjährige demokratische Intermezzo bei all seinen Problemen dennoch zukunftsweisend, und zwar nicht nur für Deutschland. Es entstand eine Konsumgesellschaft. Es gab Kinos und Geschäfte, eine lebendige und erstaunlich freie Presse sowie Sportveranstaltungen von einer Größe und Popularität, die einige Jahre zuvor, in

weniger aufgewühlten Zeiten, noch undenkbar gewesen waren. Und noch während die Inflation einige Teile der Wirtschaft in Trümmer legte, verfügte Deutschland über erste Passagierfluglinien, die der Wirtschaft weltweit Chancen und den Menschen neue Vergnügungen eröffneten. Erste Rundfunksender boten den Menschen, die nicht weniger vom Alltag abgelenkt werden wollten als ihre Nachfahren im 21. Jahrhundert, eine neue Art der Unterhaltung.

Gleichwohl wurde »Weimar« wegen der nachfolgenden Geschehnisse zu einem Attribut, das den Ruch von etwas Gutgemeintem, sogar Brillantem und zugleich fatal Gespaltenem und zum Untergang Verurteiltem verbreitete: Weimarer Republik, Weimarer Kultur, Weimarer Dekadenz, Weimarer Inflation.

Dies ist der Kern der Geschichte, die hier erzählt werden soll. Sie wäre indes nur von akademischem Interesse, wenn wir ihren Nachhall nicht noch heute deutlich zu spüren bekämen. Nach sechzig Jahren politischer Stabilität und mehr oder weniger stetigem Wirtschaftswachstum wird das Nachkriegseuropa, einst ein solides Gebäude, nachgerade baufällig und steht vor einer Identitätskrise, die hässlich zu werden droht. Die Europäische Union, die einen dritten Weltkrieg unmöglich machen sollte, läuft Gefahr auseinanderzubrechen. Schneidiger Nationalismus ist wieder in Mode, und er beruft sich wenigstens zum Teil auf ökonomische Unterschiede. In weiten Teilen des Kontinents, von Budapest bis Bayonne, von Wien bis Vilnius, treiben ultrarechte Unruhestifter ihr Unwesen. Rassismus und Intoleranz machen sich in einer Art bemerkbar, die man so böse zuletzt in den dreißiger Jahren erlebt hat. *Last but not least* hat das Verebben des globalen Finanzbooms in den letzten Jahren zutage gefördert, dass das scheinbar stabile Fundament vieler europäischer Volkswirtschaften in Wirklichkeit wackelig und verfault war.

Diese Staaten des 21. Jahrhunderts haben zu viel Geld geliehen und ausgegeben. Nun sind sie genötigt, ihren Bürgern zu erklären, dass sie sich die großzügigen Sozialleistungen und öffentlichen Dienste, die diese mittlerweile für selbstverständlich halten, nicht mehr leisten können. Die Eurozonen-Union sollte die beteiligten Volkswirtschaften mithilfe einer gemeinsamen Währung harmonisieren und ins Gleichgewicht bringen. So wie die politische Union den Zweck hatte, neue militärische Konflikte zu verhindern, so war der Euro dazu gedacht, der Gefahr finanzieller Anarchie, die einige Länder in den vergangenen hundert Jahren so hart getroffen hatte,

ein für alle Mal den Boden zu entziehen. Heute indes scheinen die Tage des Euros gezählt und die Zukunft des Kontinents so unsicher wie seit 1945 nicht mehr.

Es stimmt zwar, dass das Problem Europas zu dem Zeitpunkt, in dem ich dies schreibe, nicht in galoppierender Inflation besteht. Man leidet vielmehr unter der Sparpolitik, die in Schwierigkeiten geratenen Mitgliedern der Eurozone aufgezwungen wird, um die gemeinsame Währung stabil zu halten und solch eine Inflation gerade zu vermeiden. Sollten Griechenland, Spanien, Irland oder eines der anderen betroffenen Länder jedoch den Euro aufgeben und zur eigenen Währung zurückkehren – die dann wieder der Aufsicht unabhängiger Finanzminister und Zentralbanken unterstünde –, wäre höchstwahrscheinlich eine rasche Abwertung gegenüber dem Euro und anderen bedeutenden Währungen die Folge. Der Wechselkurs würde jäh abstürzen, ausländische (und einheimische) Investoren würden ihr Kapital abziehen, die Zinssätze enorm in die Höhe schnellen, was wiederum zu einer schweren Inflation und, wenn nichts unternommen würde, vielleicht sogar zu einer Hyperinflation führen könnte. Ländern, deren Wirtschaft aus dem Gleichgewicht geraten ist, kann wegen zu wenig oder zu viel Geld die Luft ausgehen.

Es gibt einen weiteren – und man könnte sagen: grundlegenden – Unterschied zwischen der Situation in den zwanziger Jahren und der heutigen Notlage. Damals war Deutschland das *Enfant terrible*. Europas fortschrittlichste Volkswirtschaft befand sich in einem finanziellen Chaos, und ihre Währung war praktisch nichts mehr wert – und das nach allgemeiner Ansicht allein aus eigenem Verschulden. Vor neunzig Jahren wurde Deutschland als der Bösewicht der Welt gebrandmarkt, der die finanzielle Disziplin vermissen ließ, derer sich andere Länder befleißigten. Deutschland gab Geld aus, das es nicht hatte; es verhätschelte seine Bürger mit allzu großzügigen Sozialleistungen; es entwickelte unehrliche Strategien, um Anleihegläubiger und Investoren zu betrügen; es ließ seine Wirtschaft – so wurde behauptet – absichtlich aus dem Ruder laufen, um sich seinen finanziellen Verpflichtungen zu entziehen und seine Schulden nicht zahlen zu müssen. Länder wie Großbritannien, die USA, Italien, Belgien und Frankreich drohten Deutschland Anfang der zwanziger Jahre allesamt wegen nationaler Vorbehalte mit dem Finger.

Heute, neunzig Jahre später, ist ein prosperierendes, stabiles Deutschland von schuldengeplagten Ländern umgeben, die schwankend am Rand

des Bankrotts stehen und deren Geldsystem zusammenbrechen würde, sollte der Euro abgeschafft werden – mit allen Schrecken, die das zur Folge haben mag. Heute schlägt Deutschland hochmoralische Töne an. Aus Berlin hört man dieser Tage nur noch Gerede über gesunde Finanzen, strenge Sparmaßnahmen für die »bösen« Länder und darüber, dass Kredite nur unter strengsten Auflagen gewährt würden. Man hat vorgeschlagen, dass Griechenland, Italien, Portugal, Irland und die anderen Länder, die zur Rettung ihrer Wirtschaften Geld (natürlich überwiegend von Deutschland) leihen wollen, mit ihren Goldreserven dafür bürgen sollen. Mit anderen Worten: Obwohl der Euro – zum Zeitpunkt, in dem ich dies schreibe – noch existiert, will Deutschland sich mit Edelmetallen für den Fall absichern, dass es ihn eines Tages nicht mehr geben und sich die dann wieder eingeführten Währungen der Schuldnerländer als mehr oder weniger wertlos erweisen sollten. Damit sind wir nach vielen Jahren wieder bei der Kernfrage angelangt, die wir längst für gelöst hielten: Was passiert, wenn wir das Vertrauen in unser Geld verlieren?

Selbstverständlich gibt es zwischen den gegenwärtigen Störungen und der Krise nach dem Ersten Weltkrieg Unterschiede. Die Probleme der zwanziger Jahre resultierten aus der Zerstörung eines bis dato stabilen Welthandelssystems, in dessen Mittelpunkt Europa stand. Dem vorausgegangen war der ungeheuer blutige und moralisch verwerfliche Zusammenbruch des friedlichen Miteinanders im europäischen Großmachtsystem. Die heutigen Probleme sind vor dem Hintergrund einer entgegengesetzten Entwicklung zu sehen: der Herausbildung eines neuen Welthandelssystems mit Asien und dem pazifischen Raum im Zentrum, die mit dem Ende des langen, durch Kredite angeheizten Booms zusammenfällt, dessen sich der Westen seit dem Ende des Kalten Krieges in Europa und dem Friedensschluss zwischen den Großmächten erfreute. Man mag die Kriege zwischen den Großmächten für den Ruin des zwanzigsten Jahrhunderts verantwortlich machen. Zu Beginn des 21. dürfte deren Ausbleiben entscheidend gewesen sein.

So viel zum »großen Bild«. Für den Einzelnen, die Familien und Gemeinden zählt in einer Krise jedoch nicht, welche Folgen sie für die Weltordnung hat, sondern wie sie sich auf ihr Leben auswirkt. Ob das Opfer nun ein griechischer Ingenieur ist, der durch die aktuelle Sparpolitik in die Armut gestürzt wird, ein irischer Staatsbediensteter, der sich in die Schlange im Arbeitsamt einreihen muss, ein amerikanischer Autobauer, dessen Haus

gepfändet wurde, oder ein britischer Akademiker, der keine Arbeit findet: Jede Wirtschaftskrise wird auf ganz persönliche Weise erlebt. Im Deutschland der zwanziger Jahre traf es den Universitätslehrer, der, zwar hochgeachtet und gut betucht, nun mit seinem Einkommen seine Familie nicht mehr ernähren und seinen Kindern keine anständige Zukunft mehr bieten konnte; die Kriegerwitwe, deren Rente von Woche zu Woche – und am Ende von Tag zu Tag – an Kaufkraft verlor, bis sie buchstäblich nichts mehr wert war; den kleinen Handwerker oder Gewerbetreibenden, der, weil seine Geschäfte eingebrochen waren, den Dachboden nach Familienbesitz durchsuchte, wie bescheiden er auch sein mochte, um ihn zu versteigern und so die Woche zu überstehen. Bei genauerem Hinsehen ist das große Bild ein riesiges Mosaik aus mikroskopisch kleinen Szenen, in denen Millionen einsamer Menschen hart ums Überleben kämpften.

Deshalb ist im Folgenden nicht nur von Generalen, Bankiers und Politikern, sondern auch von Büroangestellten, Industriearbeitern, Witwen, Soldaten und kleinen Geschäftsleuten die Rede. Die Gesellschaft, in der sie lebten, unterscheidet sich historisch von unserer, und doch erkennen wir sie nur allzu leicht wieder.

Letzten Endes sollte der Untergang des Geldes alle mit sich reißen. Wir können nur hoffen, dass die Geschichte unserer beängstigenden Zeit ein glücklicheres Ende hat, wenn sie aus dem Abstand einiger Jahrzehnte erzählt wird.

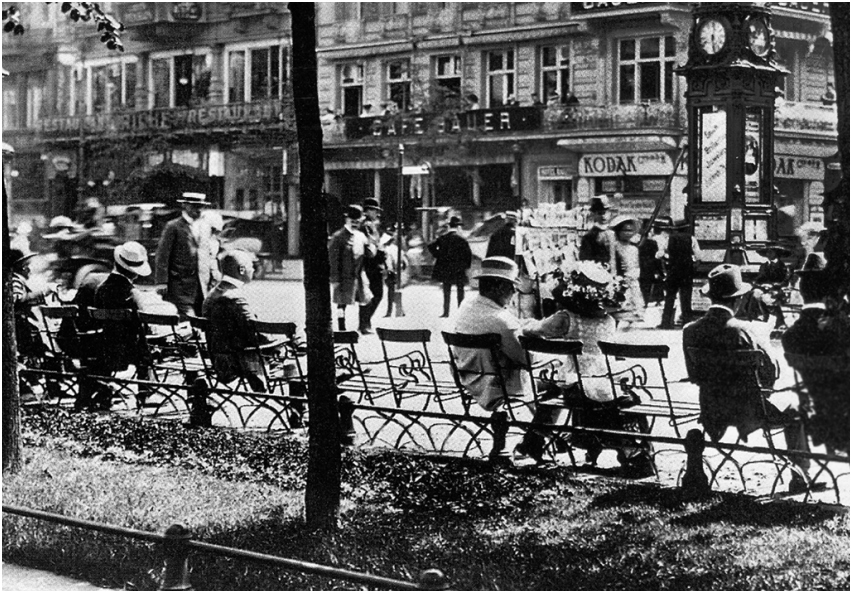


## Auf der Suche nach dem Geld für das Ende der Welt

Vor einiger Zeit schickte mir ein Freund eine Postkarte aus Berlin. Sie hängt immer noch in meinem Arbeitszimmer. Es handelt sich um eine fast intime Aufnahme des Berliner Prachtboulevards Unter den Linden aus dem Jahr 1910.

Als diese Fotografie entstand, befand sich die Herrschaft Kaiser Wilhelms II. auf ihrem Zenit. Dem erst seit vierzig Jahren vereinigten Reich ging es dank eines sensationell schnellen Wirtschaftswachstums ausgezeichnet; es besaß, darin war man sich allgemein einig, die schlagkräftigste Streitmacht Europas und schien für die Weltmachtrolle prädestiniert zu sein. Gleichwohl zeigt die Postkarte eine entspannte Szene: Es ist Sommer; elegant gekleidete Herren spazieren mit ihren Damen den von Bäumen gesäumten Boulevard entlang oder ruhen sich auf einer Bank aus. Um einen klassischen Vergleich zu bemühen: Diese Stadt sieht nicht wie Sparta aus, sondern wie Athen. Der Anzeige einer städtischen Uhr zufolge ist es 12.30 Uhr.

Auf der anderen Seite des breiten Straßenzuges sieht man das Café Bauer, das bekannteste der Wiener Kaffeehäuser, die Ende des neunzehnten Jahrhunderts in Berlin populär geworden waren. Vielleicht waren nicht die eleganten Berliner im Vordergrund, sondern das Café das eigentliche Motiv des Fotografen. Die Familie Bauer hatte das Café kurz zuvor an ein großes Hotelunternehmen verkauft, und es könnte sein, dass sein Aussehen aus diesem Grund noch einmal festgehalten und als Reklamepostkarte verewigt werden sollte; vielleicht wirken die Straße, das Café und sogar die Menschen deshalb so herausgeputzt. Jedenfalls vermittelt das Foto den Eindruck von Wohlstand, Gediegenheit und Optimismus. Man sieht dem äußeren Anschein nach beneidenswerte Menschen in einer beneidenswerten Stadt in einem beneidenswerten Land zu einer Zeit, als Deutschland das mächtigste, produktivste kontinentaleuropäische Land war und Europa seinerseits noch die Welt beherrschte.



Diese Welt näherte sich, wie wir wissen, ihrem Ende. Bald sollte sie für immer der Vergangenheit angehören. Bedenkt man die günstige Ausgangslage des Landes zu diesem Zeitpunkt, ist es erstaunlich, dass es bis weit in die zweite Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts dauern sollte, ehe in Deutschland erneut – gleichzeitig – Solvenz, Vollbeschäftigung und Frieden herrschten.

Vier Jahre später waren die Spaziergänger verschwunden. An ihrer Stelle drängte sich eine Menschenmenge in den Straßen, um mit anzusehen, wie junge, adrett – diesmal nicht in elegante Sommeranzüge, sondern in feldgraue Uniformen und Pickelhelme – gekleidete Berliner in den Krieg marschierten. Ende Juli 1914 hatte die jüngste einer ganzen Serie diplomatischer Krisen – in diesem Fall ausgelöst vom tödlichen Attentat eines serbischen Nationalisten auf den Erben des österreichisch-ungarischen Kaiserthrons – Europa schließlich über den Rand des Abgrunds gestoßen. Das Ineinandergreifen von Bündnissen und damit einhergehenden militärischen Verpflichtungen hatte dafür gesorgt, dass ein regionales Problem sich in einen kontinentweiten Flächenbrand verwandelte. Das deutsche Kaiserreich versprach sich viel von diesem Krieg; enden sollte er in militärischer Niederlage, menschlicher Katastrophe und wirtschaftlichem Ruin.



Ein solch schreckliches Ergebnis muss für die meisten Untertanen Wilhelms II. unvorstellbar gewesen sein. Als sie in den Krieg zogen, schien Deutschland ungemein stark zu sein. Das Reich verfügte über große Eisen- und Kohlevorkommen (viele davon in ehemals französischen Gebieten, die 1871 annektiert worden waren), eine boomende industrielle Basis, eine gut ausgebildete, fleißige Bevölkerung von rund 68 Millionen Menschen und eine gefürchtete und bewunderte Militärmaschinerie. Schon vor der Generalmobilmachung stand eine halbe Million deutscher Männer unter Waffen. Weitere Millionen an Reservisten konnten binnen weniger Wochen eingezogen und mit einem effizienten landesweiten Eisenbahnsystem, das mit Blick auf genau solche militärischen Erfordernisse um- und ausgebaut worden war, an die verschiedenen Fronten geschickt werden.

Davon wusste jeder Deutsche. Weit weniger bekannt waren die Schwachstellen (die für die Gegner des Reiches entweder gar nicht oder nur in geringerem Umfang galten). Erstens war Deutschland an das moribunde Österreich-Ungarn gefesselt, hinter dessen vergoldeter Fassade sich eine wahre Schlangengrube an zerstrittenen Nationalitäten verbarg und dessen hartnäckiges Festhalten an erst jüngst erworbenen Territorien auf dem Balkan den Krieg verursacht hatte. Durch das Bündnis mit Österreich-Ungarn war Deutschland, wie man in Berlin sagte, »an einen Leichnam gekettet«.

Zweitens waren die »Mittelmächte«, wie man das Deutsche Reich und seine Verbündeten nannte, trotz der deutschen Anstrengungen, eine Marine aufzubauen, die der britischen ebenbürtig war, im Wesentlichen Landmächte, die durch eine britische Seeblockade an den Rand des Hungertodes gebracht werden konnten. Drittens besaß das kaiserliche Deutschland trotz aller Zuversicht und Kriegstüchtigkeit letzten Endes nicht genügend Geld für diesen Krieg und noch weniger Möglichkeiten, sich welches zu beschaffen.

Den Verwaltern der Reichsfinanzen war durchaus bewusst, welche Schwierigkeiten auf Deutschland zukommen würden, wenn es einen Krieg gegen die »Triple-Entente« aus Frankreich, Russland und Großbritannien beginnen sollte. Von militärischer Seite wollte der deutsche Generalstab dem Problem mit einem massiven, unbeschränkten Angriff auf Frankreich nach einem Durchmarsch durch das neutrale Belgien begegnen, um nach dessen raschem, erfolgreichem Abschluss seine ganze Kraft gegen die »russische Dampfwalze« im Osten einzusetzen. Dieser Plan war fast zehn Jahre zuvor unter dem damaligen preußischen Generalstabschef Alfred von Schlieffen ersonnen worden, und obwohl seither modifiziert, trägt er in den Geschichtsbüchern weiterhin dessen Namen. Auch die Finanzkoryphäen in der Reichsbank in Berlin – die nach der Reichseinigung von 1871 gegründet worden war, um über Geldwert und -menge der neuen Reichsmark zu wachen – hatten auf die immer unruhigere internationale Lage mit einem Geheimplan reagiert, der das Land in die Lage versetzen sollte, seine finanziellen Engpässe auf Dauer zu überwinden.

Selbstverständlich glaubte Deutschland wie alle Großmächte, die im Sommer 1914 in den Krieg zogen, es werde den Kampf rasch gewinnen. Deshalb erwartete man, dass die radikalen Maßnahmen zur Sicherung der Kriegsfinanzen lediglich kurzfristiger Natur sein würden.

Die Annahmen der Planer schienen angesichts der Erfahrungen der vergangenen hundert Jahre gerechtfertigt zu sein. Seit der Schlacht bei Waterloo, die dem zwanzigjährigen Kampf gegen Napoleon ein Ende gesetzt hatte, hatten Preußen und seine deutschen Verbündeten nie länger als einige Monate Krieg führen müssen. Zwei der drei Kriege, die der deutsche »Einigungskanzler« Otto von Bismarck während des Gewaltmarsches zur Nationenbildung (gegen Österreich und Dänemark) gewonnen hatte, dauerten nur wenige Wochen. Selbst der dritte, der mit der Niederlage Frankreichs endete, hatte sich zwar von seinem Ausbruch bis zur förmlichen

Kapitulation von Paris am 28. Januar 1871 sechs Monate hingezogen, aber militärisch war er bereits in der zweiten Septemberwoche so gut wie entschieden gewesen.

Während der kaiserliche Generalstab Ende Juli und Anfang August 1914 den Schlieffenplan (mit den wohl fatalen Modifikationen) realisierte, setzte die Reichsbankdirektion die Eingriffe in das Bank- und Währungssystem in Kraft, die es Deutschland ermöglichen sollten, den Zusammenbruch der bis dato extrem offenen Weltwirtschaft lange genug zu überstehen, um den Krieg zu gewinnen.

Der erste Teil dieses finanziellen Feldzugsplans umfasste die Aufgabe des Goldstandards.

Jahrzehntelang hatte die routinemäßige Konvertibilität des deutschen Papiergeldes – das im Juli 1914 zwei Drittel der umlaufenden Geldmenge ausmachte – in solide Gold- oder Silbermünzen bedeutet, dass die Banknoten selbst kein Geld waren, sondern aufgrund ihrer Umtauschbarkeit einen realen und beständigen (Edelmetall-)Wert repräsentierten. Tatsächlich durfte die Menge des ausgegebenen Papiergeldes laut Gesetz nie zwei Drittel der umlaufenden Geldmenge übersteigen. Das letzte Drittel musste direkt durch Gold gedeckt sein – dieses Versprechen, so die Theorie, hatte den Wert der deutschen Währung und derjenigen der anderen Großmächte in den vierzig Jahren vor 1914 zu einer konkreten, fasslichen Größe gemacht.

Warum der drastische Schritt der Reichsbank, den Goldstandard aufzugeben, notwendig war, konnte jeder interessierte Beobachter ermessen, der sich damals, während Europa an der Schwelle des Krieges stand, in der Jägerstraße 34 – 38 aufhielt. Hier, unweit des historischen Gendarmenmarktes im Zentrum Berlins, befand sich der imposante neoklassizistische Hauptsitz der Reichsbank. Seit Anfang Juli die ersten beunruhigenden Schlagzeilen in den Zeitungen aufgetaucht waren, hatten sich überall im Land vor den Türen der Geschäftsbanken und schließlich vor denen der Reichsbank selbst – die auch Privatkundengeschäfte erledigte – lange Schlangen besorgter Bürger gebildet. Die Kriegsgefahr hatte alte Ängste in Bezug auf das Papiergeld wachgerufen und den Wunsch nach dem Handgreiflichen, Unveränderlichen verstärkt. Die Menschen wollten ihre Banknoten gegen Gold- und Silbermünzen eintauschen, die seit jeher als verlässliche Wertanlagen galten.



Als der Reichstagsabgeordnete Hans Peter Hanssen kurz vor Ausbruch des Krieges in einem Berliner Restaurant seine Rechnung mit einem Hundertmarkschein bezahlen wollte, weigerte sich der Kellner, die Banknote anzunehmen. Jeder, sagte er, wolle mit Banknoten zahlen und Münzen als Wechselgeld haben. Am nächsten Tag versuchte Hanssen in einem anderen Restaurant mit einem Zwanzigmarkschein zu bezahlen. Der Kellner war wie sein Kollege am Vortag wenig erfreut, machte sich aber auf die Suche nach Wechselgeld. Eine Viertelstunde später kam er mit leeren Händen zurück. Das Restaurant besaß keine Münzen mehr. Hanssen musste anschreiben lassen.<sup>1</sup>

Obwohl die von der Regierung gelenkte Presse die Bürger von der Solidität der Alltagswährung zu überzeugen suchte, vertrauten viele Deutsche dem Papiergeld nicht mehr. Sie wollten die Sicherheit jenes Goldes, für das die Währung angeblich stand. In den ersten Juliwochen wurden rund 163 Millionen Goldmark\* von deutschen Banken abgehoben und in heimische Sparstrümpfe gesteckt.<sup>2</sup>

Am Freitag, dem 31. Juli 1914, schloss die Reichsbank ihre Tore (die Geschäftsbanken im Land hatten den Eintausch von Gold schon drei Tage zuvor eingestellt) und öffnete sie erst am folgenden Dienstag wieder. Zu diesem Zeitpunkt hatte es keinen Zweck mehr, für Papiergeld Gold zu verlangen, denn die Bank gab keines heraus. Am 4. August wurde eine ganze Reihe von Notstandsgesetzen zu Währungs- und Finanzfragen veröffentlicht, die unter anderem die Konvertibilität von Banknoten in Gold für die Dauer des Konfliktes aufhoben. Auch die aus Silber mit einem Feingehalt von 900/1000 geprägten Münzen im Wert von einer, zwei, drei und fünf Mark wurden nicht mehr eingetauscht. Erst jetzt kam der Begriff »Goldmark« in Gebrauch, der den tatsächlichen Goldmünzenwert gemäß dem Metallgewicht bezeichnete, also fünf, zehn oder zwanzig Mark. Da bisher jede Banknote umtauschbar gewesen war und einen Goldwert repräsentiert hatte, war nur von »Mark« die Rede gewesen.

Bald war nur noch Papier- oder Fiatgeld, wie es auch genannt wird, als Zahlungsmittel im Umlauf. Fortan wurden Goldmünzen entweder von Einzelnen gehortet und so der Zirkulation entzogen, oder sie gingen in den Besitz des Staates über, der es nun darauf anlegte, seine häufig widerstrebenden Untertanen dazu zu bewegen, ihm jegliches Gold aus ihrem Besitz

\* Rund anderthalb Milliarden Euro (im Wert des Jahres 2011).

auszuhändigen, sei es nun in Form von Münzen oder Wertgegenständen. Nur mit Gold vermochte die Regierung im Ausland kriegswichtige Rohstoffe und Produkte zu erwerben, die es im Inland nicht gab. Vor allem aber konnte der Staat nach dem Darlehenskassengesetz, das zu dem Gesetzespaket vom 4. August gehörte, umso mehr Papiergeld ausgeben, je mehr Gold in seinen Tresoren lagerte, und so den alles entscheidenden Eindruck aufrechterhalten, die deutsche Währung wäre goldgedeckt.

Das Problem war nur, dass die Reichsbank trotz einer monatelangen Propagandakampagne für den Umtausch von Gold gegen Papiergeld (»Gold fürs Vaterland«) zum Jahresende 1914 erst zwei der fünf Milliarden im Umlauf befindlichen Goldmark hielt. Während überall im Land patriotische Bürger gehorsam ihre Gold- und Silbermünzen eingetauscht hatten, hatten sich viele andere – insbesondere in ländlichen Gebieten – als immun gegen die patriotischen Vorspiegelungen erwiesen. Sie hielten an dem Wert fest, auf den sie sich verlassen konnten, ganz gleich, wie der europäische Konflikt ausgehen sollte. Irgendwo wurde eine Menge Gold und Silber gehortet.

1915 hatte sich der Krieg in einem blutigen Patt festgefahren. Deutsche und alliierte Truppen lagen sich im Westen in einem Netz aus Schützengraben gegenüber, das sich über siebenhundert Kilometer von der belgischen Küste bis zur Schweizer Grenze erstreckte. Das Kaiserreich hatte entgegen den Erwartungen vieler Deutscher keinen triumphalen Sieg errungen, hielt aber vorteilhafte Stellungen. Bis auf einen kleinen Landstreifen hatten deutsche Truppen ganz Belgien besetzt. Die Hauptstadt Brüssel, die wichtige Hafenstadt Antwerpen (die nach über dreimonatiger Belagerung im Oktober eingenommen worden war) und das mittelalterliche Brügge sowie das reiche Industrie- und Bergbaugebiet mit den Städten Charleroi, Namur und Lüttich befanden sich in deutscher Hand. Das Gleiche galt für einen großen Teil von Nordfrankreich, einschließlich Lilles mit rund einer halben Million Einwohner und einer bedeutenden Textilindustrie; deutsche Truppen hatten die Stadt im Oktober 1914 nach verbissenem, hin- und herwogendem Kampf eingenommen.

Paris war zwar durch das »Wunder an der Marne« von der Besetzung verschont geblieben, aber zehn der 87 Départements der französischen Republik befanden sich Ende 1914 ganz oder teilweise in deutscher Hand. Auf den rund 36 000 Quadratkilometern französischen Territoriums, die fast

vier Jahre lang hinter der deutschen Front liegen sollten, befanden sich über die Hälfte der französischen Kohlebergwerke, zwei Drittel der Textilindustrie und 55 Prozent der Metallproduktion – das entsprach insgesamt zwanzig Prozent des französischen Bruttoinlandsprodukts.<sup>3</sup> Kurz: Frankreichs industrielles Kernland war fast über die gesamte Kriegsdauer vom Feind besetzt, und obwohl nahezu zwei Millionen Menschen vor den vorrückenden Deutschen geflohen waren, lebten immer noch 2,25 Millionen französische Bürger unter deren Besatzungsherrschaft, die sich für sie als trostlos, einsam und hart erweisen sollte – gelegentlich sogar in extremer Weise.<sup>4</sup>

An der Ostfront stabilisierten die deutschen Truppen, nachdem sie im August 1914 in der Schlacht bei Tannenberg einen kurzen russischen Vorstoß nach Ostpreußen zurückgeschlagen hatten, zunächst die allgemeine Lage. Sie gruppierten sich um und begannen nach dem ersten Kriegswinter einen langsamen, aber unaufhaltbaren Vormarsch in die baltischen Länder und nach Russisch-Polen, das sie, einschließlich der Hauptstadt Warschau, im Laufe des Jahres 1915 weitgehend eroberten.

Während Deutschland militärisch zu diesem Zeitpunkt und noch lange danach in vielerlei Hinsicht im Vorteil war, waren seine finanziellen Aussichten nicht annähernd so günstig. Der Staat war derart erpicht auf das Gold seiner Bürger, dass er sogar Schulkinder einspannte. Sie sollten ihre erwachsenen Familienangehörigen, Nachbarn und Bekannten dazu beschwatzen, ihre Schätze zu einer »Goldankaufstelle« zu bringen, wo hilfreiche Angestellte es kaum erwarten konnten, sie von ihrer Last zu befreien und ihnen dafür leichtes Papiergeld zu geben. In einem Propagandapamphlet mit dem Titel »Die Goldsucher bei der Arbeit« wurde die fiktive Geschichte dreier Gymnasiasten erzählt, die versuchen, einen wohlhabenden Getreidehändler namens Lehmann dazu zu bringen, sich zugunsten des Reiches von seinem Goldschatz zu trennen, so dass weiteres Papiergeld im (dreifachen) Gegenwert des eingenommenen Goldes für die Kriegsanstrengung gedruckt werden konnte. Es verstand sich von selbst, dass die Schüler Herrn Lehmann »Vaterlandsverrat« vorwerfen würden, wenn er ihrer Forderung nicht nachgab.

Anfangs sträubte sich Herr Lehmann tatsächlich. Er äußerte Zweifel daran, dass die Reichsbank ihr Versprechen einhalten würde, nur so viel Papiergeld zu drucken, wie durch das erworbene Gold gedeckt wäre. Im Augenblick mochte das Gesetz dies verhindern, wandte er schlau ein, doch das Gesetz könne geändert werden. Aber die Gymnasiasten waren auf eine sol-



che Diskussion vorbereitet. Einer von ihnen fragte Herrn Lehmann schließlich, ob er jemandem Geld leihen würde, der nicht die Mittel hätte, es zurückzuzahlen, und sei es zu einem hohen Zinssatz. Als der Kaufmann dies entschieden verneinte, ließ der junge Propagandist die Falle zuschnappen:

»Warum nimmt jedermann Papier genau so gut wie Gold, obschon doch z. B. auch ein Tausendmarkschein nichts weiter ist wie ein Papierfetzen? *Weil er weiß, dass die Reichsbank im Stande ist, zu jeder Zeit dafür Gold zu geben, weil er weiß, dass das Reich ihm sicher ist.* Was würde nun geschehen, wenn die Reichsbank anfinke Noten zu drucken ohne Rücksicht auf ihren Goldvorrat? Sie würde sofort das Vertrauen einbüßen. Man würde – vor allem im Auslande – die Noten nicht mehr annehmen, oder – nähme man sie doch, so würde man es machen wie jener Wucherer [der für Kredite 25 Prozent Zinsen verlangte]: Auf einen Tausendmarkschein, mit dem Sie zahlen, gäben sie nur Waren im Werte von 750 Mark oder noch weniger. Eine Mark in Papier würde nur noch 75 Pfennig gelten im Auslande; man sagt dann: die Mark hat eine niedrige Bewertung (Valuta).«<sup>5</sup>

Die Worte, die dem altklugen Jungen in den Mund gelegt wurden, sollten überzeugend klingen, und dem Propagandaspiel zufolge zeigte sich Herr Lehmann am Ende tatsächlich einsichtig. Ausschlaggebend dürfte der letzte Hinweis auf die Vertrauenswürdigkeit des Reiches gewesen sein, nämlich darauf, dass Kaiser und Reichsbank niemals etwas tun würden, was die Währung und das Wohl des gewöhnlichen Deutschen gefährden könnte. Leider war gerade dieses Argument – nehmen wir kein Blatt vor den Mund – eine Lüge.

Tatsache war, dass die Reichsbank, was die Menge des Papiergeldes anging, das sie drucken durfte, seit dem Darlehenskassengesetz vom 4. August 1914 im Grunde nicht mehr an den Gegenwert des von ihr eingelagerten Goldes als Obergrenze gebunden war. Außerdem entlastete das Gesetz die Reichsbank von der Verpflichtung, den deutschen Einzelstaaten und Kommunen Kredite zu gewähren, wie es vor dem Krieg Usus gewesen war. Anstelle dieser Kredite führte das Gesetz ein System von »Darlehenskassen« ein, die – zufälligerweise in den örtlichen Niederlassungen oder Büros der Reichsbank zu finden – den Einzelstaaten und Kommunen gegen Güter oder Schuldverschreibungen als Sicherheit Kredite mit dreimonatiger Lauf-

zeit (die in Wirklichkeit jedoch endlos verlängert werden konnte) gewährten. Zu den akzeptierten Schuldverschreibungen gehörten von den Einzelstaaten – die zum Teil sehr klein waren – ausgegebene Schatzanweisungen und vor allem Krieganleihen.

So weit, so unverfänglich – jedenfalls auf den ersten Blick. Denn die Bestimmungen des Darlehenskassengesetzes enthielten einen Haken: Die Darlehenskassen waren berechtigt, Darlehenskassenscheine auszugeben, die, obwohl kein vollgültiges gesetzliches Zahlungsmittel, den Status von Banknoten hatten, fast überall als Zahlungsmittel akzeptiert wurden und neben dem von der Reichsbank ausgegebenen regulären Papiergeld bald überall zirkulierten. Die Darlehenskassenscheine gelangten unweigerlich auch in die Kassen der Reichsbank, und wenn dies geschah, erhielten sie im Unterschied zu anderen im Umlauf befindlichen halbamtlichen Scheinen gemäß dem Darlehenskassengesetz den Status von richtigem Geld, in der Fachsprache: Hartgeld. Dadurch ließ sich damit wie mit den von der Reichsbank gehaltenen Goldmünzen ihr dreifacher Wert in normalem Papiergeld generieren. Es gab daher nichts, was einen Einzelstaat oder eine Gemeinde daran hindern konnte, Krieganleihen als Sicherheiten für den Erwerb von Darlehenskassenscheinen zu verwenden, mit diesen dann von der Reichsbank weitere Krieganleihen zu kaufen, die wiederum als Sicherheit für weitere Darlehenskassenscheine einzusetzen und so weiter und so fort. Und jedes Mal vergrößerte die Reichsbank auf diese Weise den Rahmen, in dem sie Geld drucken konnte, das der Kriegsanstrengung zugutekam.

Zwar begrenzte das Gesetz vom 4. August die Menge der Darlehenskassenscheine auf 1,5 Milliarden Mark, doch schon im November 1914 wurde die Obergrenze – zeitgleich mit der Ausgabe der ersten Krieganleihen – auf das Doppelte angehoben. Ende 1918 waren Darlehenskassenscheine im Wert von 15,5 Milliarden Mark in Umlauf. Mehr als ein Drittel befand sich im Besitz der Reichsbank, die daher berechtigt war, auf der Grundlage dieser »Sicherheiten« vollgültige Banknoten im Wert von 15,7 Milliarden Mark zu drucken, ohne den Anschein einer »gesunden« Währung zu zerstören. Mehrere deutsche Ökonomen erkannten dies und versuchten dagegen zu protestieren. Mindestens ein Artikel wurde verboten (eigentlich zur Veröffentlichung im Januar 1915 vorgesehen, wurde er zum »Schutz der Öffentlichkeit« unterdrückt und konnte erst nach Kriegsende erscheinen). Einem anderen Experten teilte die Reichsbankdirektion mit, wenn er sich nicht zurückhalte, sei man genötigt, die Militärbehörden um Hilfe zu bitten.<sup>6</sup>

Herr Lehmann hatte mit seinem Einwand also recht und beging einen Fehler, als er sich von den aufdringlichen Jugendlichen überreden ließ, seine Meinung zu ändern und sein Gold gegen Papiergeld einzutauschen. Obwohl im Auftrag einer Regierung, die sich verzweifelt bemühte, die Mittel für die Kriegführung zu beschaffen, zu Propagandazwecken ersonnen, stand die Figur des widerstrebenden Getreidehändlers stellvertretend für Millionen realer Deutscher. Auch sie ließen sich schließlich durch offizielle Pamphlete, Politiker und patriotische Zeitungen – von den Anbietern von Kriegsanleihen ganz zu schweigen – überreden, ihre soliden Wertsachen für einen Haufen Papier wegzugeben, damit Deutschland den Krieg gewinnen konnte.

Schon wenige Jahre später sollten sie sich betrogen fühlen, ihr patriotischer Stolz sich in Wut verwandeln – eine lange nachwirkende Wut, die den Nährboden für Intoleranz und Totalitarismus bot.

## Der Verlierer zahlt alles

Für die Zivilbevölkerung aller am Krieg beteiligten Länder bedeutete der Erste Weltkrieg eine schwere Zeit. Entbehrungen und Ängste machte auch durch, wer nicht unter Besatzung oder in Frontnähe lebte. Um die Millionen Männer, die im Krieg kämpften – und in riesiger Zahl starben –, sorgten sich enge Angehörige, Verwandte und Freunde in ihren wachen Stunden (und vielleicht auch in ihren Träumen). Vor allem in Deutschland und Österreich-Ungarn aber litten die Zivilisten an der Heimatfront, deren Männer weit weg in Schützengräben und auf Schlachtfeldern kämpften und fielen, nicht nur unter schwierigen oder kargen Umständen: Vom Rhein bis zur Weichsel, vom Skagerrak bis zur Donau herrschte Hunger.

Das deutsche Schifffahrtsblatt *Hansa* hatte bereits am 1. August 1914 vorausgesagt: Sollte Großbritannien an der Seite Serbiens, Frankreichs und Russlands in den Krieg eintreten, dann werde das einen historisch einzigartigen Zusammenbruch des Wirtschaftslebens zur Folge haben.<sup>1</sup> Der Verfasser des Artikels sollte binnen weniger Monate recht bekommen. Trotz der riesigen Summen, die Deutschland in den Aufbau seiner Kriegsflotte gesteckt hatte, konnten seine Schiffe es nicht mit der britischen Royal Navy aufnehmen, um die Handelsrouten für deutsche Ein- und Ausfuhren während des Krieges frei zu halten.

In den ersten Kriegsmonaten erhöhte Großbritannien nach und nach den Druck auf den deutschen Handel, scheute aber vor der Verhängung einer totalen, unterschiedslosen Blockade noch zurück. Als jedoch klar wurde, dass der Krieg in absehbarer Zeit nicht auf dem Schlachtfeld entschieden werden würde, beschloss das britische Kabinett, sich über das Kriegsrecht hinwegzusetzen. Unter Verweis auf die im Februar 1915 verkündete Absicht Deutschlands, einen uneingeschränkten U-Boot-Krieg gegen Schiffe der Entente in der Nordsee zu entfesseln, verhängte London einen Bann gegen sämtliche Ein- und Ausfuhren der Mittelmächte; das galt auch für Lebensmittel und andere Güter, die über neutrale Länder wie

die Niederlande und die skandinavischen Länder eingeführt wurden. Die Seestreitkräfte der Entente sollten die Blockade rigoros durchsetzen. In einer britischen Rechtsverordnung vom 1. März 1915 hieß es: »Die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs behalten sich vor, Schiffe, die Waren mit mutmaßlich feindlichem Ziel, Besitz oder Ursprung transportieren, aufzubringen und in einen Hafen zu geleiten.«<sup>2</sup> Bis Kriegsende sowie in den anschließenden Monaten des Waffenstillstandes war der deutsche Überseehandel damit auf die Ostsee und gelegentliche Vorstöße in die Nordsee beschränkt.

Die Gegner des Reiches wussten sehr genau, dass Deutschland vor dem Krieg in großem Stil Lebensmittel hatte importieren müssen, um die Ernährung seiner Bevölkerung sicherzustellen. Die Entente (und insbesondere Großbritannien), so wurde immer deutlicher, wollte nun die Niederlage des Kaiserreiches zumindest zum Teil durch eine Politik des gezielten Aushungerns herbeiführen. Insbesondere die deutsche Zivilbevölkerung geriet ins Visier der Verbündeten. Wie der höchste britische Verteidigungsbeamte, Maurice Hankey (später Baron Hankey), im Sommer 1915 in einer vertraulichen Denkschrift erklärte, konnte man zwar »nicht hoffen, Deutschland in diesem Jahr auszuhungern«, aber »die Möglichkeit, dass wir nächstes Jahr dazu in der Lage sein werden«, sei nicht auszuschließen.<sup>3</sup>

Dass die von der Entente verhängte Blockade direkt oder indirekt für eine große Zahl von Todesfällen in Deutschland verantwortlich war, kann kaum bezweifelt werden. Das Leid verschärfte sich im Laufe der Jahre. Man schätzt, dass 1915 rund 88 000 und 1916 etwa 121 000 Deutsche an den Folgen der Blockade starben. Die Monate um die Jahreswende 1916/17 wurden wegen der Mangelversorgung – vor allem der Städte – mit Protein und anderen lebenswichtigen Nährstoffen als »Kohlrübenwinter« bekannt. Bis Kriegsende stieg der Zahl der Blockadeopfer auf über 760 000.<sup>4</sup>

In Düsseldorf, dessen Erwerbsbevölkerung sich aus Angestellten und Industriearbeitern zusammensetzte, waren Grundnahrungsmittel wie Kartoffeln oft monatelang nicht zu bekommen:

»1916 nahm die Fettknappheit ernste Ausmaße an. Hülsenfrüchte wie Linsen und Erbsen waren, wenn überhaupt, nur noch selten zu finden. 1917 gab es an Kaffee nur ›Muckefuck‹ zu kaufen, der gar keinen Kaffee enthielt. Offiziell teilte die Stadt jedem Erwachsenen alle drei Wochen ein Ei zu, hatte aber nicht immer genügend Eier zu verteilen. Alle

Arten von Käse waren knapp; Trockenfrüchte gab es überhaupt nicht. Nur Gemüse war in Düsseldorf durchgängig zu bekommen, Art und Menge hingen allerdings von der Jahreszeit ab.«<sup>5</sup>

Im Jahr 1917 war ein durchschnittlicher Industriearbeiter in Düsseldorf hinsichtlich Menge und Abwechslungsreichtum wesentlich schlechter ernährt als ein erwachsener männlicher Bewohner des Hamburger Armenhauses vor dem Krieg.<sup>6</sup>

Der weitgehende Ausschluss vom internationalen Handel betraf auch die Finanzwirtschaft. Großbritannien und Frankreich konnten sowohl in gewissem Ausmaß importieren und exportieren als auch auf den internationalen Finanzmärkten Geld für den Krieg beschaffen. In den vier Jahren zwischen 1914 und 1918 nahm Großbritannien aus der Schifffahrt und anderen »unsichtbaren« Quellen 2,4 Milliarden Pfund ein; außerdem veräußerte es Auslandsinvestitionen im Wert von 236 Millionen Pfund und lieh sich im Ausland fast 1,3 Milliarden Pfund. Bis zum August 1914 hatte Deutschland in Ländern, mit denen es später Krieg führte, Investitionen im Wert von 980 Millionen bis 1,37 Milliarden Pfund gehalten, von denen mindestens sechzig Prozent direkt konfisziert wurden.<sup>7</sup> Darüber hinaus behielten Großbritannien und Frankreich anders als Deutschland ihre Kolonialreiche; dadurch konnten sie Engpässe bei der heimischen Lebensmittelversorgung ausgleichen und auf große Reservoirs an Rohstoffen und Arbeitskräften zugreifen.

Nachdem frühe Versuche, an den New Yorker Finanzmärkten Geld zu leihen, fehlgeschlagen waren, wurde rasch klar, dass das Deutsche Reich im Gegensatz zu seinen Kriegsgegnern allein dastand. Obwohl auch Großbritannien riesige Summen für den Krieg aufbringen musste, war die Fähigkeit (und Bereitschaft) der City von London, des größten Finanzzentrums der Welt, kurzfristige »schwebende« Anleihen aufzunehmen, im Vergleich zu dem winzigen deutschen Geldmarkt wesentlich größer. Dies verschaffte Großbritannien einen bedeutenden Vorteil; insbesondere verringerte es den Inflationseffekt der Anleihen auf die Gesamtwirtschaft.<sup>8</sup>

Deutschland konnte zwar durch den Verkauf ausländischer Wertpapiere 147 Millionen Pfund einnehmen, aber den allergrößten Teil der immensen Kosten eines Krieges von solchen Ausmaßen würde die deutsche Bevölkerung tragen müssen, sei es durch den Kauf langfristiger Kriegsanleihen oder in Form erhöhter oder neu eingeführter Steuern. Die da-

durch entstehende Schuldenlast würde das Land auf Jahre hinaus plagen. Hinzu kam, wie wir sehen werden, die versteckte Zeitbombe der riesigen Kredite, die die Gemeinden aufnahmen, um ihre Kriegsverpflichtungen erfüllen zu können, darunter die ihnen vom deutschen Gesetzgeber aufgebürdeten enormen Wohlfahrtszahlungen für die Kriegsoffer und ihre Angehörigen.

Es war ein erschreckendes Bild. Aber die Regierenden – und die meisten ihrer Untertanen – erwarteten, dass diese Ausgaben, wie belastend sie auch waren, nur vorübergehend geleistet werden mussten. Sobald das Reich den Krieg gewonnen hatte, würden die Verlierer – Großbritannien, Frankreich, Russland und ihre Verbündeten – dafür geradestehen müssen. Dies erklärte der deutschnationale Staatssekretär im Reichsschatzamt, Karl Helfferich, ehemals Vorstandsmitglied der Deutschen Bank und später Vizekanzler des Reiches, am 20. August 1915 im Reichstag in aller Offenheit und unter großem Beifall:

»Meine Herren, wie die Dinge liegen, bleibt also vorläufig nur der Weg, die endgültige Regelung der Kriegskosten durch die Mittel des Kredits auf die Zukunft zu schieben, auf den Friedensschluss und auf die Friedenszeit. Und dabei möchte ich auch heute wieder betonen: Wenn Gott uns den Sieg verleiht und damit die Möglichkeit, den Frieden nach unseren Bedürfnissen und nach unseren Lebensnotwendigkeiten zu gestalten, dann wollen und dürfen wir neben allen anderen auch die Kostenfrage nicht vergessen;

(lebhaft Zustimmung)

das sind wir der Zukunft unseres Volkes schuldig.

(Sehr wahr!)

Die ganze künftige Lebenshaltung unseres Volkes muss, soweit es irgend möglich ist, von der ungeheuren Bürde befreit bleiben und entlastet werden, die der Krieg anwachsen lässt.

(Sehr wahr!)

Das Bleigewicht der Milliarden haben die Anstifter dieses Krieges verdient;

(sehr richtig!)

*sie* mögen es durch die Jahrzehnte schleppen, nicht wir.

(Sehr gut!)«<sup>9</sup>

Selbstverständlich dachten die Gegner genauso. Was Frankreich und Belgien betraf, beabsichtigen sie darüber hinaus, auch eine Entschädigung für die materiellen Schäden zu verlangen, die durch Kampfhandlungen und Besatzungsherrschaft auf ihrem Territorium angerichtet worden waren. Für den Fall, dass Deutschland den Krieg verlor, würde diese Forderung besonders schwer wiegen, denn das Reichsgebiet blieb – abgesehen von einem kurzen, wenn auch brutalen russischen Vorstoß in den äußersten Osten des Reichs während der ersten Kriegswochen sowie einigen Kämpfen an den Grenzen des Elsass und Lothringens – bis zum Kriegsende von militärischen Auseinandersetzungen verschont.

Dagegen wurden in Frankreich durch Kämpfe und Besatzung über eine halbe Million Privathäuser und 17 600 öffentliche Gebäude ganz oder teilweise zerstört, rund 3500 Quadratkilometer Ackerland verwüstet oder für die Kultivierung unbrauchbar gemacht, 20 000 Fabriken und Werkstätten zerstört oder schwer beschädigt. Einige Fabriken, insbesondere solche mit modernen Maschinen, waren demontiert und nach Deutschland abtransportiert worden. Außerdem hatten die Besatzungstruppen mindestens eine Million Rinder über den Rhein geschafft.

Schlimmer noch: Als die Deutschen Anfang 1917 ihre Front »verkürzten« und sich – mancherorts um bis zu fünfzig Kilometer – auf die vermeintlich undurchdringliche »Siegfriedlinie« zurückzogen, betrieben sie eine rücksichtslose, systematische Politik der verbrannten Erde. Bevor ein Teil des nur zweieinhalb Jahre zuvor besetzten Gebietes aufgegeben wurde, rissen Zerstörungstrupps sämtliche Fabrikanlagen, Bauernhöfe und Infrastruktureinrichtungen ein. Kohlebergwerke wurde gesprengt oder geflutet, 125 000 Einwohner zwangsweise evakuiert, der Boden vermint und öffentliche Gebäude mit Sprengfallen versehen.

Kein Wunder, dass sich die Schätzungen der monetären Gesamtverluste, die Frankreich durch Kampfhandlungen und Besatzung erlitt, auf 35 bis 55 Milliarden (Vorkriegs-)Goldfrancs (7 bis 11 Milliarden Dollar) beliefen.<sup>10</sup>

In Belgien hatten Bevölkerung und Industrie sogar noch mehr zu leiden. Fabriken wurden massenhaft requiriert oder, wenn man sie als Nachkriegskonkurrenten deutscher Firmen betrachtete, geschlossen oder dem Verfall überlassen. Viele riss man komplett nieder. Maschinen wurden beschlagnahmt und nach Deutschland geschickt. Das Land büßte sechs Prozent seiner Häuser und zwei Drittel seiner Eisenbahngleise ein. 120 000 belgische Arbeiter, von denen viele durch die Schließung ihrer Fabriken oder Berg-



werke ihrer Arbeit beraubt worden waren, wurden als Zwangsarbeiter nach Deutschland deportiert.<sup>11</sup>

All dies geschah mit Zustimmung nicht nur des Kaisers und seiner Militärbefehlshaber, sondern auch vieler deutscher Politiker und Industrieller. Schon im September 1914 hatte Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg ein von einem seiner Mitarbeiter verfasstes Diskussionspapier zirkulieren lassen, in dem unumwunden die Annexion großer Teile Belgiens und Nordfrankreichs empfohlen wurde, während das übrige Belgien zu einem Vasallenstaat degradiert und Frankreich als militärische und wirtschaftliche Bedrohung Deutschlands ein für alle Mal ausgeschaltet werden sollte. Im Grunde handelte es sich um eine »Einkaufsliste« mit Maximalforderungen und weniger um eine ernsthafte politische Denkschrift. Dennoch machte das Papier das Ausmaß der Absichten deutlich, die in Kreisen der deutschen Elite verfolgt wurden. Es lässt sich kaum anders denn als Plan für ein deutsches Europa lesen: Als »allgemeines Ziel des Krieges« postulierte es die

»Sicherung des Deutschen Reiches nach West und Ost auf erdenkliche Zeit. Zu diesem Zweck muss Frankreich so geschwächt werden, dass es als Großmacht nicht neu erstehen kann, Russland von der deutschen Grenze nach Möglichkeit abgedrängt und seine Herrschaft über die nichtrussischen Vasallenvölker gebrochen werden ...

1. *Frankreich.* Von den militärischen Stellen zu beurteilen, ob die Abtretung von Belfort, des Westabhangs der Vogesen, die Schließung der Festungen und die Abtretung des Küstenstrichs von Dünkirchen bis Boulogne zu fordern ist. In jedem Fall abzutreten, weil für die Erzzgewinnung unserer Industrie nötig, das Erzbecken von Briey.

Ferner eine in Raten zahlbare Kriegsentschädigung; sie muss so hoch sein, dass Frankreich nicht imstande ist, in den nächsten fünfzehn bis zwanzig Jahren erhebliche Mittel für Rüstung anzuwenden.

Des Weiteren: ein Handelsvertrag, der Frankreich in wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland bringt, es zu unserem Exportland macht und es ermöglicht, den englischen Handel in Frankreich auszuschaalten. Dieser Handelsvertrag muss uns finanzielle und industrielle Bewegungsfreiheit in Frankreich schaffen – so dass deutsche Unternehmungen nicht mehr anders als französische behandelt werden können.

2. *Belgien*. Angliederung von Lüttich und Verviers an Preußen, eines Grenzstrichs der Provinz Luxemburg an Luxemburg.

Zweifel bleibt, ob Antwerpen mit einer Verbindung nach Lüttich gleichfalls zu annektieren ist. Gleichviel, jedenfalls muss Belgien, wenn es auch als Staat äußerlich bestehen bleibt, zu einem Vasallenstaat herabsinken, in etwa militärisch wichtigen Hafenplätzen ein Besatzungsrecht zugestehen, seine Küste militärisch zur Verfügung stellen, wirtschaftlich zu einer deutschen Provinz werden. Bei einer solchen Lösung, die die Vorteile der Annexion, nicht aber ihre innerpolitisch nicht zu beseitigenden Nachteile hat, kann franz. Flandern mit Dünkirchen, Calais und Boulogne mit großenteils flämischer Bevölkerung diesem unveränderten Belgien ohne Gefahr angegliedert werden. Den militärischen Wert dieser Position England gegenüber werden die zuständigen Stellen zu beurteilen haben.

3. *Luxemburg*. Wird deutscher Bundesstaat und erhält einen Streifen aus der jetzt belgischen Provinz Luxemburg und eventuell die Ecke von Longwy.

4. Es ist zu erreichen die Gründung eines *mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes* durch gemeinsame Zollabmachungen, unter Einschluss von Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Österreich-Ungarn, Polen und eventuell Italien, Schweden und Norwegen. Dieser Verband, wohl ohne gemeinsame konstitutionelle Spitze, unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muss die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren.

5. *Die Frage der kolonialen Erwerbungen*, unter denen in erster Linie die Schaffung eines zusammenhängenden mittelafrikanischen Kolonialreichs anzustreben ist, desgleichen die Russland gegenüber zu erreichenden Ziele werden später geprüft. Als Grundlage der mit Frankreich und Belgien zu treffenden wirtschaftlichen Abmachungen ist eine kurze provisorische, für einen eventuellen Präliminarfrieden geeignete Formel zu finden.

6. *Holland*. Es wird zu erwägen sein, durch welche Mittel und Maßnahmen Holland in ein engeres Verhältnis zu dem Deutschen Reich gebracht werden kann.

Dies engere Verhältnis müsste bei der Eigenart der Holländer von jedem Gefühl des Zwanges für sie frei sein, an dem Gang des holländi-

schen Lebens nichts ändern, ihnen auch keine veränderten militärischen Pflichten bringen, Holland also äußerlich unabhängig belassen, innerlich aber in Abhängigkeit von uns bringen. Vielleicht ein die Kolonien einschließendes Schutz- und Trutzbündnis, jedenfalls enger Zollanschluss, eventuell die Abtretung von Antwerpen an Holland gegen das Zugeständnis eines deutschen Besatzungsrechts für die Befestigung Antwerpens wie für die Scheldemündung wäre zu erwägen.«<sup>12</sup>

Selbst als Tagtraum in einer Zeit des Überschwangs – noch rückte die deutsche Armee, mit Paris im Visier, an der Marne vor – ist dieses Papier ein erschreckendes Dokument. Dass es zu einer politischen Richtlinie gerann, ist nicht belegbar – über diese Frage streitet sich die historische Zunft, seit es in den fünfziger Jahren in einem ostdeutschen Archiv entdeckt wurde. Aber es dürfte außer Frage stehen, dass Deutschland, wenn es den Krieg gewonnen hätte, seine Vorherrschaft in Europa in dieser Weise auszuüben gedachte. Ohne jede Rücksicht.

Zugegebenermaßen wurden auf der gegnerischen Seite im Laufe des Krieges Abmachungen getroffen, die nach modernem Empfinden äußerst ungerecht und willkürlich erscheinen. So sicherte die Entente Russland in einem Geheimvertrag nach dem Sieg die Kontrolle über die Dardanellen und Konstantinopel (Istanbul) zu. In weiteren Geheimabmachungen, die Rom zum Kriegseintritt auf Seiten der Entente bewogen, wurden Italien Teile Österreichs, einige ägäische Inseln sowie deutsche Kolonien versprochen. Schließlich ist die atemberaubende Heuchelei des sogenannten Sykes-Picot-Abkommens zu nennen, in dem sich Großbritannien und Frankreich – während sie gleichzeitig die Araber ermutigten, den Aufstand gegen ihre türkischen Herren zu verstärken – über die Aufteilung des arabischsprachigen Nahen Ostens (Syrien, Libanon, Palästina, Irak) einigten. Die Parolen von friedlicher Entwicklung und Demokratie, in die dies verpackt war, konnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich in Wirklichkeit um eine letzte, aber umso giftigere Aufwallung opportunistischer imperialistischer Expansion handelte – für die wir heute noch einen hohen Preis zahlen.

Bethmann Hollwegs »Septemberprogramm« war ein radikaler Vorschlag, aber keineswegs der extremste, der während des Krieges in durchaus respektablen Reichstagskreisen im Schwange war. So erwog man etwa die Annexion großer Teile Westrusslands und des Baltikums sowie noch umfangreichere territoriale Forderungen an Frankreich und Belgien.<sup>13</sup>

Merkwürdig an der deutschen Diskussion war indes die offenbar von allen geteilte Annahme, nach dem militärischen Sieg werde Deutschland auf Dauer die absolute Vormachtstellung in Europa ausüben. Regierungsmitglieder, Industrielle und extreme Nationalisten – mitunter fiel alles drei in einer einzigen Person zusammen – besprachen solche Pläne für die schrankenlose Vorherrschaft der politischen, militärischen und ökonomischen Interessen Deutschlands, als wäre sie ein naturgegebenes Recht.

Mir geht es bei all dem nicht um Schuldzuweisungen, obwohl sich schon bald alle Seiten darin übten und sie in Historikerkreisen bis heute vorgenommen werden; ich möchte vielmehr zeigen, dass alle am Krieg beteiligten Länder wussten, dass sie sich diesen Wahnwitz nicht leisten konnten – und deshalb den Verlierern die Rechnung zu präsentieren gedachten.

Auf deutscher Seite setzte man für eine rasche Erholung des Landes nach dem erhofften Sieg darauf, dem Reich eine derart überlegene Stellung zu sichern, dass es tun und sich nehmen konnte, was es wollte. Wie Helfferich in seiner berühmten Rede über den Haushalt von 1915 erklärt hatte, sollten das »Bleigewicht der Milliarden ... die Anstifter dieses Krieges ... schleppen«. Und er hatte recht. Die Frage war nur, wer am Ende des allgemeinen Gemetzels auf dem Stuhl mit dem Schild »Anstifter« sitzen würde.

1871 hatte Bismarck Frankreich Reparationen von fünf Millionen Goldfrancs auferlegt – was damals ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts des besiegten Landes ausmachte. Diese unverhoffte Geldschwemme soll den beinahe katastrophalen Boom nach der Reichseinigung mit entfacht haben. Jedenfalls bestand ihr Zweck nicht darin, Schäden in Deutschland wieder-gutzumachen. Auf deutschem Boden hatten keine Kämpfe stattgefunden. Auch im Ersten Weltkrieg hätten von Deutschland geforderte Reparationen keine Entschädigung für Verwüstungen von Land, Ressourcen oder Infrastruktur des Reiches dargestellt, denn es gab keine (abgesehen von den kaum erwähnenswerten Auswirkungen einiger früher Luftangriffe und der wenigen Kämpfe in Elsass-Lothringen). Was hätte Deutschland also verlangt? Genug, um seine enormen Kriegskosten zu ersetzen?

Der Anfang 1918 unterzeichnete Vertrag von Brest-Litowsk enthält einige Hinweise darauf, wie ein siegreiches Deutschland die Entente behandelt hätte. Das riesige, aber mittelmäßige und häufig schlecht geführte Heer des zaristischen Russland war aus Polen und dem größten Teil des Balti-

kums bis in die heutige Ukraine und nach Weißrussland zurückgedrängt worden. Im Sommer 1916 waren österreichisch-ungarische Truppen durch die sogenannte Brussilow-Offensive unter schweren Verlusten allerdings gezwungen worden, zuvor erzielte Gewinne aufzugeben. Gleichwohl war die russische Kriegsteilnahme von Wirkungslosigkeit an der Front und zunehmendem politischem und gesellschaftlichem Chaos im Innern geprägt.

Im Februar 1917 schickte der britische Militärattaché bei der russischen Armee, Oberst Knox, seinen Vorgesetzten in London einen Bericht über die Lage in Russland, der nichts Gutes verhieß. Über eine Million Soldaten waren gefallen, und zwei Millionen wurden vermisst oder waren in Kriegsgefangenschaft geraten. Eine weitere Million war desertiert. »Diese Männer«, schrieb Knox, »lebten ruhig und ungestört von den Behörden in ihren Dörfern, wo ihre Anwesenheit von den Dorfgemeinschaften verborgen wurde, die von ihrer Arbeit profitierten.«<sup>14</sup>

Im Februar und März begannen Teile der Armee den Befehl zu verweigern, und in russischen Städten fanden Massendemonstrationen gegen den Krieg und die Zarenherrschaft statt. Streiks in wichtigen Industriebetrieben folgten, und als sich am 12. März die 17 000 Mann starke Garnison in der Hauptstadt Petrograd (vormals St. Petersburg, später Leningrad, heute wieder St. Petersburg) den Demonstranten anschloss, waren die Tage des Zarenregimes gezählt.

Nach dem Sturz des Zaren kam eine schwache, von der gemäßigten Linken dominierte provisorische Regierung an die Macht. Obwohl sie eine demokratische Ordnung anstrebte, unternahm sie wenig, um die Lage im Innern und an der Front zu verbessern, eher im Gegenteil. Die radikale »Straße« und die neu geschaffenen Soldatenräte besaßen genauso viel Macht wie der Staatsapparat und seine neuen, reformerischen Herren. Sowohl die republikanische Regierung als auch die Militärführung waren gezwungen, die Macht mit inoffiziellen, hastig gewählten »Sowjets« (Räten) und von diesen ernannten Kommissaren zu teilen. Die Todesstrafe für militärische Disziplinverstöße wurde abgeschafft.

Im Juli 1917 brach ein Angriff dieser überstürzt demokratisierten Truppe auf die deutsch-österreichischen Verteidigungslinien (nach dem sozialrevolutionären Hitzkopf, der im März zum Kriegsminister ernannt worden war, Kerenski-Offensive genannt) binnen weniger Wochen zusammen und verwandelte sich in einen von massenhaften Desertionen begleiteten Rückzug. Diese russische Katastrophe brachte deutsche Truppen weit

auf russisches Territorium, da ihre Fähigkeit, nach Belieben vorzurücken, allenfalls durch Transport- und Nachschubschwierigkeiten eingeschränkt wurde.

Anfang November (nach dem in Russland immer noch verwendeten alten Kalender war es Oktober, weshalb stets von der »Oktoberrevolution« gesprochen wird) brachte ein Staatsstreich in Petrograd die linksextremen Bolschewiki an die Macht. An ihrer Spitze stand der marxistische Theoretiker und Agitator Wladimir Iljitsch Lenin, dessen Fahrt aus dem Schweizer Exil nach Russland im Sommer von den deutschen Behörden eben deshalb ermöglicht worden war, um den Ausstieg Russlands aus dem Krieg zu erreichen.

Wie erhofft, führten die Verhandlungen zwischen den Bolschewiki – die den Krieg unbedingt beenden wollten, um ihre gefährdete Machtstellung im Innern zu stärken – und Vertretern der siegreichen Mittelmächte im Dezember zu einem Waffenstillstand an der Ostfront. Weitere Verhandlungen steckten jedoch bald fest. Der frisch ernannte bolschewistische Volkskommissar für äußere Angelegenheiten Leo Trotzki wies, entgegen Lenins Wünschen, die harten deutschen und österreichisch-ungarischen Forderungen zurück, wahrscheinlich in der Hoffnung, dass sich die Unzufriedenheit in den Feindländern, wenn sich der Krieg länger hinzog, doch noch – wie schon in Russland – in Revolutionen entladen würde. Im Februar 1918 wurden die Verhandlungen schließlich abgebrochen, und Deutschland und seine Verbündeten setzten ihren so gut wie ungehinderten Vormarsch fort. Binnen weniger Wochen eroberten sie weitere riesige Teile der Ukraine und Weißrusslands. Einmal stießen sie in nur fünf Tagen rund 230 Kilometer weit vor.<sup>15</sup>

Am 3. März 1918, als die deutschen Truppen schon kurz vor Petrograd standen, stimmten die Bolschewiki schließlich den Bedingungen der Gegner zu. In der imposanten zaristischen Festung von Brest-Litowsk an der historischen Grenze zwischen Polen und Russland, die sich seit 1915 in deutscher Hand befand, wurde feierlich ein Friedensvertrag unterzeichnet. An der Spitze der russischen Delegation stand Trotzkis Stellvertreter Georgi Tschitscherin, ein enger Gefolgsmann Lenins.

Welchen Preis war die revolutionäre Clique, die in Petrograd die Macht innehatte, zu zahlen bereit? Tatsächlich war der Preis des Friedens in der Zwischenzeit gegenüber den Forderungen, die sie zuvor abgelehnt hatten, erheblich gestiegen. Das neue, marxistische Russland musste den Verlust

Polens, der baltischen Länder sowie Finnlands, der Ukraine und Weißrusslands hinnehmen. Georgien wurde unabhängig, und strategisch wichtige Teile des Kaukasus wurden türkischer Kontrolle unterstellt.

In den abgetretenen Gebieten lebte ein Drittel der Bevölkerung des ehemaligen Russischen Reiches; sie umfassten ein Drittel des kultivierbaren Landes sowie neun Zehntel der Kohlebergwerke. Auf einen Streich verloren die Bolschewiki buchstäblich das gesamte Territorium, das Russland seit dem achtzehnten Jahrhundert gewonnen hatte, und ihr Herrschaftsgebiet schrumpfte weitgehend auf die alten russischsprachigen Lande zusammen. Riesige Gebiete des Zarenreiches wurden praktisch zu einem deutschen Protektorat. Obwohl beide Seiten formal jeden Anspruch auf die üblichen Reparationen bestritten, willigten die Bolschewiki nach weiteren Verhandlungen ein, sechs Milliarden Goldmark zu zahlen. Diese Summe stellte angeblich den Gegenwert deutschen Eigentums und deutscher Unternehmen dar, die infolge von Krieg und Revolution konfisziert worden waren, und deckte darüber hinaus die Zahlungsverpflichtungen der Bolschewiki für von deutschen Investoren vor dem Krieg erworbene zaristische Staatsanleihen.

Da die Deutschen so gefährlich nah vor Petrograd standen, verlegten die Bolschewiki die russische Hauptstadt gut eine Woche nach Vertragsunterzeichnung ins vergleichsweise sichere Moskau, das bis zur Zeit Peters des Großen Sitz der Zaren gewesen war. Das Zentrum der neuen revolutionären Republik verlagerte sich also 635 Kilometer landeinwärts nach Südosten, fort von der Ostsee und dem westlichen Einfluss, dem Peter der Große, der Gründer von St. Petersburg, seine Untertanen so eifrig hatte aussetzen wollen.

In Deutschland wurde der Vertrag von Brest-Litowsk von nationalistischen Kreisen begeistert aufgenommen. Die beträchtliche Ausdehnung deutscher Okkupation und Kontrolle auf Gebiete, die sie seit Langem als reif für die Eingliederung ins Reich betrachteten, war Wasser auf ihre Mühlen. Selbst jene, die den Vertrag als das brutale Diktat ansahen, das er war, empfanden aufgrund ihrer Kriegsmüdigkeit eine gewisse Erleichterung darüber, dass die Kämpfe wenigstens an einer Front siegreich beendet worden waren. Fast alle hofften, dass nach dem Sieg im Osten nun auch das blutige Patt im Westen zugunsten Deutschlands beendet werden konnte.<sup>16</sup> Außerdem erwartete man, dass die Zusage der jetzt unabhängigen Ukraine (die einen separaten Vertrag mit Deutschland geschlossen hatte), Deutsch-

land Weizen zu liefern, die mittlerweile extreme Brotknappheit lindern würde – daher der Ausdruck »Brotfrieden« für das Abkommen mit der Ukraine. Tatsächlich gelangte jedoch nur enttäuschend wenig des in den fruchtbaren ukrainischen Weiten geernteten Getreides auf die Tische der deutschen Zivilbevölkerung, ehe der weitere Verlauf von Krieg und Revolution den Vertrag hinfällig machte.<sup>17</sup>

Rumänien wurde in diesem Frühjahr ebenfalls in die Knie gezwungen. Deutschland beanspruchte in dem im Juni 1918 unterzeichneten Vertrag von Bukarest die landwirtschaftliche Produktion des Landes sowie buchstäblich den Besitz der lebenswichtigen Erdölindustrie. Auch dieser Vertrag war kaum geeignet, die Welt und insbesondere die auf Vergeltung sinnenden Kriegsgegner von den maßvollen Absichten der deutschen Eliten zu überzeugen.



## Vom Sieg zur Katastrophe

Die internationale Finanzwelt hatte damals wie heute Respekt vor der Macht. Zur Zeit der bolschewistischen Revolution war der Wert der Mark auf den Währungsmärkten so weit gesunken, dass man für einen Dollar 7,29 Mark zahlen musste; bei Kriegsausbruch waren es noch 4,20 Mark gewesen. Fünf Monate nach der Oktoberrevolution, im März 1918, als der deutsche Sieg im Osten zu Hoffnungen Anlass bot, stieg der Kurs der Mark gegenüber dem Dollar auf den höchsten Stand seit fast drei Jahren: 5,11.

Soweit die Festigung des offiziellen Wechselkurses (den man vom informellen Schwarzmarktkurs und erst recht von der tatsächlichen Kaufkraft im Inland unterscheiden muss) auf den neuerlichen Hoffnungen beruhte, die man sich in Deutschland und anderswo in Bezug auf die Kriegsaussichten des Landes machte, blieb dabei indes außer Acht, dass sich die Lage des Reiches in anderer, wenn auch weniger offenkundiger Hinsicht de facto erheblich verschlechtert hatte.

Knapp zwei Wochen vor der Unterzeichnung des Vertrages von Brest-Litowsk waren amerikanische Truppen an der Westfront zum ersten Mal tatsächlich in Aktion getreten. Zwei Dutzend US-Soldaten beteiligten sich an einem französischen Angriff auf feindliche Schützengräben bei Chevreigny in der Picardie und nahmen einige deutsche Soldaten gefangen.<sup>1</sup> Es war an sich kaum der Rede wert, aber die beteiligten Amerikaner gehörten zu der Million USA-Soldaten, die im Juli 1918 in Frankreich zu den Alliierten stießen. Und auch danach sollten Tag für Tag 10 000 weitere eintreffen. Winston Churchill schrieb später:

»Der Eindruck, den diese anscheinend unerschöpfliche Flut blühender, kraft- und gesundheitstrotzender Jugend ... machte, war überwältigend. Keiner war unter 20 und nur wenige über 30 Jahre alt. So wie sie in ihren Lastwagen die Straße entlangratterten, die Lieder einer



Frederick Taylor

## **Inflation**

Der Untergang des Geldes in der Weimarer Republik und die Geburt eines deutschen Traumas

Gebundenes Buch mit Schutzumschlag, 400 Seiten, 15,0 x 22,7 cm  
ISBN: 978-3-8275-0011-3

Siedler

Erscheinungstermin: September 2013

### Die Deutschen und das Trauma der Inflation

Die Inflation, die Deutschland zwischen 1914 und 1923 erlebte, war die dramatischste Geldentwertung, die je in einem modernen Finanzsystem stattgefunden hat. Hilflos mussten die Menschen der Weimarer Republik mitansehen, wie die deutsche Wirtschaft zusammenbrach und sich ihr Geld in Luft auflöste. Diese existenzielle Krise fügte nicht nur der jungen Demokratie nachhaltigen Schaden zu, sie sollte sich auch tief ins kollektive Gedächtnis der Deutschen eingraben.

Die galoppierende Inflation ließ Anfang der zwanziger Jahre die Menschen das Vertrauen in Staat und Wirtschaft verlieren, was sich für die junge Weimarer Demokratie letztlich als fatales Erbe erweisen sollte. Der Staat war in den Augen vieler diskreditiert, vor allem die Mittelschicht fühlte sich betrogen. Profitieren konnten davon die Parteien der extremen Linken und Rechten: Kommunisten und Nationalsozialisten.

Ausgehend von den Anfängen der fehlgeleiteten Geldpolitik im Kaiserreich zeigt Frederick Taylor in seinem neuen Buch eindrucksvoll, was die Inflation der zwanziger Jahre für die Menschen der Weimarer Republik bedeutete. Zugleich hebt er die Bedeutung der Hyperinflation für die deutsche Geschichte hervor. Denn die Angst vor der Geldentwertung wurde in diesen Jahren zu einem deutschen Trauma, das unsere Politik bis heute bestimmt.



**Der Titel im Katalog**